

«Tief greifende Einschnitte»

Ausgabenwachstum bei der Invalidenversicherung (IV): Reform unumgänglich

VADUZ – Im September wird sich der Landtag mit der Erhöhung der IV-Beitragsätze von bisher 1,2 auf 1,5 Prozent befassen. Das ist allerdings nur der Anfang der unumgänglichen Reform bei der IV. «Wer ernsthaft gewillt ist, das Ausgabenwachstum zu bremsen, wird in der gegenwärtigen Situation tief greifende Einschnitte setzen müssen», ist Walter Kaufmann von der AHV/IV/FAK-Direktion überzeugt.

• Martin Frommelt

In Liechtenstein hat sich die Zahl der IV-Bezüger innerhalb von nur sieben Jahren verdoppelt. Bei einer jährlichen Zunahme um nicht weniger als 124 neue IV-Rentner pro Jahr wurden 2004 bereits 2062 Rentenbezüger finanziert! Die Gesamtleistungen der IV haben von 1997 bis 2004 um satte 98 Prozent zugenommen; die Geldleistungen (Renten, Taggelder, Pflegebeiträge) gar um 109 Prozent.

Wer ist Schuld?

Wie Walter Kaufmann auf Volksblatt-Anfrage sagte, ist die drastische Kostensteigerung der letzten Jahre vor allem auf die Zunahme der Rentenfälle und den generellen Ausbau des Leistungsniveaus zurückzuführen: «Ein Ausbau der Leistungen (Weihnachtsgeld usw.) führt automatisch zu hohen Mehrkosten; solche Mehrkosten dürfen nicht überraschen, denn sie wurden bei der Entscheidung des Gesetzgebers, der die finanzielle Entwicklung ja nicht voraussah, bewusst in Kauf genommen. In aller Munde ist heute aber vor allem die Zunahme der Rentenfälle. Für diese Entwicklung gibt es keine «Schuldigen». Ei-



Bei der Invalidenversicherung sind Reformen unumgänglich, die hohen IV-Leistungen in Liechtenstein müssen überprüft werden.

ne Reihe von Gründen hat dazu geführt: demographische Entwicklung, Invalidisierungswahrscheinlichkeit bei jüngeren Jahrgängen, Beschäftigtenzahlen, Arbeitsmarktentwicklungen, gesellschaftliche Entwicklungen, Schwierigkeiten in der medizinischen Abklärung usw. Von der demographischen Entwicklung her nimmt der Anteil der Menschen knapp unter dem AHV-Rentenalter stetig zu; in dieser Altersgruppe ist das Invaliditätsrisiko am grössten. Leider hat aber in den letzten Jahren die Invalidisierungswahrscheinlichkeit vor allem auch bei den Jüngeren markant zuge-

nommen; diese Altersgruppe bezieht dann sehr viel länger IV-Renten als Personen, die beispielsweise mit 60 Jahren invalid werden; die lange Bezugsdauer löst hohe Kosten aus. Auch der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen führt logischerweise dazu, dass es mehr Rentenfälle gibt. Eine weitere Ursache bilden die im Vergleich zu früher mit höherem Stress verbundenen Arbeitsbedingungen, die rasante technische Entwicklung und die gestiegenen Anforderungen am Arbeitsplatz; das wiederum macht auch die berufliche Reintegration gesundheitlich angeschlagener Personen

schwieriger als früher.» Mit der nun von der Regierung dem Landtag vorgeschlagenen Erhöhung der IV-Beitragsätze allein ist es laut Aussage von Walter Kaufmann noch nicht getan: «Dies dürfte eigentlich allen klar sein. Die Regierung hat im Juni eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um das Leistungsniveau der IV zu prüfen. Nächstes Jahr sollte dann eine entsprechende Gesetzesvorlage präsentiert werden.»

«Massive Eingriffe»

Und Kaufmann spricht Klartext: «Mit rein kosmetischen Retuschen wird man dem Ausgabenwachstum bei der Invalidenversicherung nicht wirksam begegnen können. Wer ernsthaft gewillt ist, das Ausgabenwachstum zu bremsen, wird in der gegenwärtigen Situation tief greifende Einschnitte setzen müssen. Man darf sich auch nicht der Illusion hingeben, dass ohne massive Eingriffe in laufende Leistungen kurzfristig verfügbares «Sparpotenzial» vorhanden sei. Eine Korrektur zu hoher laufender Leistungen wird unumgänglich sein, wenn man wirklich etwas erreichen will. Es stellt sich jetzt eben die Frage, ob der politische Wille dazu vorhanden ist. Der Gesetzgeber kann aber nicht alle Probleme lösen. Auch der Einzelne muss bereit sein. Der Arbeitgeber kann helfen, wenn er als Arbeitgeber auch angeschlagene Arbeitskräfte weiter beschäftigt. Der Arbeitnehmer kann seinen Teil dazu beitragen, wenn bereit ist, etwas mehr «auf die Zähne zu beiszen». Eine «heile Welt» können wir nicht erwarten; aber das Bewusstsein, dass der Staat nicht immer nur «gemolken», sondern auch «gefüttert» werden muss, das sollte eigentlich schon verlangt werden dürfen.»